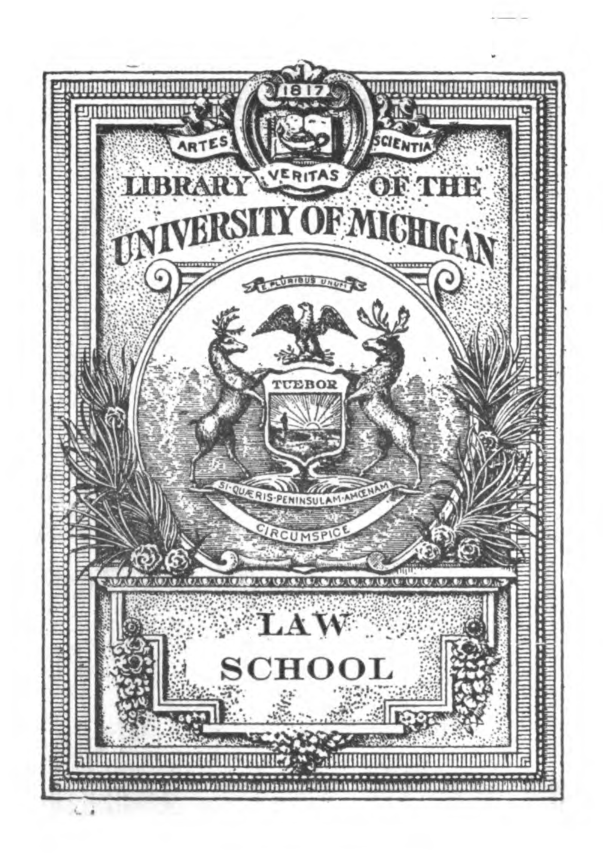
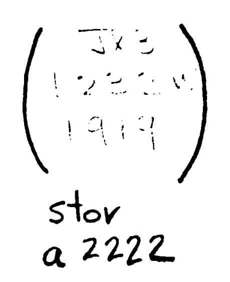

1817
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
E PLURIBUS UNUM
TUEBOR
SI QUÆRIS PENINSULAM AMŒNAM
CIRCUMSPICE
LAW
SCHOOL








E.P.TAL&Co
·VERLAG·

Druck von Adolf Holzhausen in Wien.



HEINRICH LAMMASCH:

WOODROW WILSONS FRIEDENSPLAN

MIT AUSGEWÄHLTEN BRIEFEN,
SCHRIFTEN UND REDEN DES
PRÄSIDENTEN WILSON AUS DER
ZEIT VOM 12. MÄRZ 1913
BIS ZUM 14. FEBRUAR 1919

1919
LEIPZIG · E · P · TAL & Co · VERLAG · WIEN



DIE ÜBERSETZUNGEN BESORGTEN,
WO NICHT ANDERS ANGEGEBEN,
HANS LIEBMANN UND JOSEF TICHY

1. — 2. Tausend



Die Reden der allermeisten Staatsmänner, die während dieses Krieges gehalten worden sind, werden keine Ruhmestitel unserer Zeit bilden. Nur die eines Mannes machen davon eine Ausnahme. Die Reden, die Präsident Woodrow Wilson über die Bedingungen eines dauernden Friedens und über die Grundlagen der künftigen Weltordnung gehalten hat, werden noch fortleben in der Erinnerung der Menschheit, wenn alle jene andern längst verhallt sein werden. Sie reichen weit über die Stimmungen und Bedürfnisse der Zeit hinaus, in der sie gesprochen worden sind; sie sprechen allgemeine Wahrheiten aus, die auf tiefster Erkenntnis der Lehren beruhen, die das Studium der Geschichte und der Staatsweisheit demjenigen bieten, der diese Wissenschaften in ihrer vollen Bedeutung zu erfassen vermag.

Darum ist es wünschenswert, daß die wichtigsten von jenen, die sich auf die oben bezeichneten Probleme beziehen, in einer möglichst vollständigen Auswahl auch dem deutschen Leserkreise in Übersetzung vorgeführt werden: das ist der Zweck der gegenwärtigen Sammlung, die sich nach den beiden Richtungen, der Einschränkung, der Auswahl wie nach jener der möglichsten Vollständigkeit innerhalb dieser Auslese von anderem unterscheidet. Erst in ihrem Zusammenhange können sie jenen Eindruck auf Verstand und Gemüt machen, der ihnen gebührt. Die Erinnerung an flüchtig gelesene, oft noch dazu unvollständige und tendenziös gefärbte Berichte in den Tagesblättern genügt dazu nicht.

Woodrow Wilson ist das große Glück zu teil geworden, als Führer einer großen Nation praktisch für die hohen Ideale wirken zu können, die er als akademischer Lehrer



und als Schriftsteller seinen Hörern und seinen Lesern vor Augen gestellt hatte.

Als der neugewählte Präsident der amerikanischen Re- publik vor sechs Jahren sein Amt antrat, hat er wohl alles eher vorhergesehen, als daß es sein Los sein werde, zwei Millionen amerikanischer Bürger nach Europa zu führen, um dort an dem größten Kriege der Weltgeschichte teilzunehmen und auf diesem blutigen Umwege den Friedensplan zu ver- wirklichen, der ihm schon lange vorschwebte. Den leisesten Gedanken der Teilnahme seines Volkes an einem so furcht- baren Kriege hätte er gewiß als den an ein entsetzliches Nationalunglück sofort von sich abgewiesen. Hatte er doch die Schauder erregenden Leiden des Krieges und seiner Folge- zustände als Kind und als junger Mann am eigenen Leibe verspürt. Seine Kindheit und seine erste Jugend fiel in die Zeit der entsetzlichen Verwüstungen, die der Sezessionskrieg über sein Vaterland, und insbesondere über seine engere Heimat, über die von der Union sich trennenden Confederate States brachte. Er verlebte jene für ganz Amerika so furcht- baren Jahre im Staate Virginia, in dem er am 28. Dezem- ber 1856 geboren wurde, und in den Staaten Georgia und Süd-Karolina, in die sein Vater Reverend Josef Wilson nach- einander übersiedelte. Gerade diese Staaten, besonders Virginia, waren der hauptsächliche Schauplatz des erbitterten vier- jährigen Krieges (1861—1865). Diese Staaten traf auch ganz besonders die wirtschaftliche Not, die infolge der Blockade ihrer Häfen, durch Aussperrung ihres Hauptausfuhrartikels, der Baumwolle, eintrat und die die besitzenden Klassen auch als die Wirkung einer an und für sich höchst segensreichen Maßregel, der Aufhebung der Negersklaverei, traf. In Amerika stiegen damals die Preise mancher Lebensbedürfnisse auf eine Höhe, die wahrscheinlich derjenigen nicht viel nach- gab, unter der wir gegenwärtig zu leiden haben. Alle diese Ein- drücke konnten auf den heranwachsenden Jüngling nur in der Richtung wirken, daß er den Krieg als eine der ärgsten Geißeln der Menschheit erkannte, und sie mußten seine Ge- danken auf jene Bestrebungen hinlenken, die darauf gerichtet waren, diesen selbstverschuldeten Fluch der Menschheit so viel als möglich von ihr abzuwenden. Diese Sinnesrichtung



entsprach auch der Tradition des geistlichen Berufes, dem Vater und Mutter entstammten. Seitdem Channing und Worcester am Christtage 1815 die Friedensgesellschaft von Massachussetts gegründet hatten, war in Amerika das Christentum aller Denominationen, Protestanten wie Katholiken, für die Ausbreitung der Idee des Weltfriedens ganz besonders tätig.

Die Idee des Pazifismus war in Amerika nicht bloß Theorie geblieben, sondern schon seit der Gründung des Freistaates ein einflußreicher politischer Faktor geworden. Im Geiste William Penns, der schon 1692 ein auf den gegenwärtigen und künftigen Frieden abzielendes Essay veröffentlicht hatte, waren bereits die Gründer der amerikanischen Unabhängigkeit auf die friedliche Schlichtung internationaler Differenzen bedacht. Die berühmte Abschiedsadresse Washingtons an das amerikanische Volk enthält den Satz: «kultiviert Frieden und Harmonie mit allen Nationen» und an Rochambeau schrieb er 1789: «Obwohl es in Rücksicht auf den Handel wahrscheinlich zum großen Vorteil Amerikas sein möchte, wenn auf der anderen Seite des Atlantischen Ozeans Krieg herrschte, so werde ich doch niemals so sehr der Empfindungen eines Menschen für das Glück seiner Mitmenschen mich entäußern, um zu wünschen, daß das Wohl meines Landes auf den Ruinen des Wohlstandes anderer Nationen aufgebaut sei.» Staatssekretär Jay war es, der in einer Reihe von Verträgen zu Ende des 18. Jahrhunderts die einst blühende, aber seither fast in Vergessenheit geratene Institution des Schiedsgerichtes wieder in das Völkerrecht einführte. Kein Staat hat eine so große Zahl von Streitigkeiten durch Schiedssprüche bereinigt als die V. St., darunter solche von so großer Bedeutung wie die Alabamafrage, die Grenzen von Alaska und die Frage der nordamerikanischen Fischereien. Kein Staat hat eine so ausgedehnte Landgrenze, wie sie die Union gegen Kanada hat, ohne Befestigungswerke belassen und auf den großen Seen mit dem Nachbarstaate sogar ein Übereinkommen über die vertragsmäßige Beschränkung der Anzahl ihrer Kriegsschiffe abgeschlossen, ein Übereinkommen, das seit einem Jahrhunderte, seit 1817, in Wirksamkeit steht. Kein Minister des Äußern hat jemals eine so große Zahl von Schiedsgerichtsverträgen abgeschlossen



als Staatssekretär Root, der in den wenigen Jahren seiner Administration zweiundzwanzig solche Verträge unterzeichnete. Freilich hat es zu Zeiten auch in den V. St. unverantwortliche und wilde Ausbrüche der Kriegsleidenschaft gegeben und Amerika kann nicht davon freigesprochen werden, daß es in verflossenen Jahrzehnten auch imperialistische Kriege geführt habe; nirgends aber ist doch die Friedensidee in breiten Volksschichten so populär als dort.

Auffallend mag es unter diesen Umständen scheinen, daß in den Reden, die Wilson als Kandidat für die Präsidentschaft hielt und die er unter dem Titel «The new Freedom» als Buch herausgab, kein Wort vom Frieden sich findet. Gerade das ist aber wohl ein Beweis dafür, daß damals niemand in Amerika, und auch er selbst nicht, an die nahe bevorstehende Möglichkeit dachte, daß Amerika in einen auswärtigen Krieg verwickelt werden könnte. Viel eher hätte er vielleicht glauben können, daß er genötigt sein würde, in einem neuen Bürgerkriege die Rechte und die Freiheit der großen Menge des Volkes gegen die Übermacht einzelner Finanzgruppen zu verteidigen. Der verderblichen Macht, die gewisse Finanzkreise erlangt hatten, gilt die Kampfansage, die aus allen seinen Wahlreden klingt. Mit Entschiedenheit verwahrt er sich gegen die Zumutung seiner politischen Gegner, als ob er gegen das Kapital als solches und gegen die großen Geschäfte aufträte. Nur den Trusts gilt die Fehde, zu der er seine Mitbürger aufruft. An dem Beispiele Carnegies machte er den Unterschied zwischen dem großen Geschäft und dem Trust klar. Mit beredten Worten hebt er hervor, wie der Reichtum, den Carnegie dadurch erworben, daß er mit genialem Blick die fähigsten Personen wie die zweckentsprechendsten Methoden für seine Unternehmungen herausfand, dem ganzen Volke zum Vorteil gedieh, während die Macht der U. St. Steel Corporation, die Carnegies Werke um deren fünffachen Wert ankaufte, um dessen Konkurrenz auszuschalten, dann aber, sobald sie den ganzen Stahlmarkt beherrschte, die Preise auch dementsprechend in die Höhe trieb, zum wirtschaftlichen und politischen Nachteil der Nation ausschlug und schließlich selbst zu einer gewissen Stagnation in der Geschäftsführung der monopolistisch gewordenen Unternehmung führte. «Öko-



nomischer Mord ist letzthin ökonomischer Selbstmord», so klingt seine große Anti-Trust-Rede aus. Als das geeignetste Mittel, um den unheilvollen Einfluß jener Mächte zu brechen, z. B. der 24 Männer, die jene Korporation und gleichzeitig auch 55 % aller amerikanischen Eisenbahnen kontrollieren, erkannte er die Öffentlichkeit. Darum forderte er vor allem, daß Licht hineingelassen werde in die geheimen Konventikel, in denen die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Fragen entschieden werden, bevor sie zu einer in Wirklichkeit nur scheinbaren öffentlichen Diskussion in den nationalen Versammlungen gestellt werden. Unter der Kontrolle der Öffentlichkeit würde es nicht mehr möglich sein, daß einige wenige Menschen über die wirtschaftlichen Geschicke und indirekt auch über die politische Entwicklung des ganzen Volkes entscheiden. Die Nation solle sich aufraffen und die Leitung ihrer Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen. Mögen auch Männer wie Taft und Roosevelt persönlich integer sein, so seien sie doch zu sehr in die großen wirtschaftlichen Unternehmungen verstrickt, um diese Fragen unabhängig beurteilen zu können. Auch den von Natur aus Schwachen solle die Möglichkeit gegeben werden, sich zu betätigen, dann werden auch sie zu nützlichen Gliedern der Menschheit sich entwickeln. Die Schwachen gegen die Übermacht der Starken zu schützen, das sei die Aufgabe der Gesellschaft.

Die Verhältnisse der Gegenwart sind viel zu kompliziert geworden, als daß heute noch das Wort gelten könnte, das in den Zeiten der Begründung der Unabhängigkeit Amerikas Jefferson aussprach, daß «die beste Regierung darin bestünde, so wenig als möglich zu regieren». Freilich ist auch jetzt noch jede Einmischung der Regierung in die Tätigkeit der Individuen unerträglich, außer jener, die notwendig ist, um sie frei zu machen. «Aber ich bin überzeugt, wenn Jefferson in unserer Zeit lebte und sähe, wie das Individuum verstrickt ist in einen verworrenen Nexus von verwickelten Umständen aller Art und daß, es sich selbst überlassen, bedeutet, es hilflos lassen gegenüber den Hindernissen, gegen die es ankämpfen muß, würde er erkennen, daß das Gesetz dem Individuum zu Hilfe kommen muß. Das Gesetz muß dem Individuum zu Hilfe kommen und dafür



sorgen, daß es fair play erhalte. Das ist alles, das ist aber auch viel. Freiheit ist in der Gegenwart mehr als allein gelassen werden. Das Programm einer Regierung der Freiheit kann in diesen Tagen nicht bloß negativ sein, es muß auch positiv sein.»

Das waren die Überzeugungen, die Wilson aus dem Studium der Rechtswissenschaft, der politischen Ökonomie und der Geschichte, insbesondere seines Heimatstaates, gewonnen hatte. Dem Studium und der Lehre dieser Wissenschaften in Wort und Schrift waren die ersten Jahrzehnte seiner Manneskraft gewidmet. Schon die erste, seinem Vater als seinem besten Lehrer gewidmete Publikation des 28jährigen Professors der John Hopkins-Universität in Baltimore, das Buch über die Regierung durch den Kongreß, begründete seinen wissenschaftlichen Ruf. Niemals noch war die Eigentümlichkeit der amerikanischen Verfassung und insbesondere der Gegensatz zwischen dem System der Regierung durch den Kongreß und dem englischen System der Regierung durch ein dem Parlament verantwortliches Ministerium so scharf und so konzis entwickelt worden als in ihm. Vier Jahre später folgte ein großes Werk über den Staat, das in gründlicher soziologischer und politischer Untersuchung die uralte Frage nach der besten Regierungsform aufs neue erörterte. Der größte Teil des Werkes allerdings ist historisch-deskriptiver Natur. Erst in den Schlußkapiteln tritt der Autor mit seiner eigenen Persönlichkeit mehr hervor. Ebenso wie er den eigentlichen Sozialismus entschieden ablehnt, ebenso scharf wendet er sich schon damals gegen die für Amerika besonders große Gefahr des einseitigen Individualismus. «Die moderne Organisation der Industrie hat die Konkurrenz so verschlimmert, daß zuweilen einige wenige eine Macht in Händen haben, um die vielen zu unterdrücken, und daß die Reichen und Starken sich gegen die Armen und Schwachen vereinigen. Sie hat dem Bibelwort, daß dem gegeben wird, der viel hat, und dem genommen wird, der wenig hat, eine furchtbar materialistische Bedeutung verliehen.» Darum will er alle Monopole an die Gesellschaft übertragen, die es nicht dulden kann, «daß einzelne ihrer Mitglieder eine solche Macht zur Verfolgung ihrer Privatzwecke erringen.» Von den staatsrechtlichen Problemen



wendete sich Wilson später den geschichtlichen zu. Es folgte eine fünfbändige Geschichte des amerikanischen Volkes, in der von amerikanischen und englischen Kritikern besonders die Darstellung des Sezessionskrieges hervorgehoben wird. Auch eine für das Volk geschriebene Biographie Washingtons hat viel Anklang und Verbreitung gefunden. Die literarische Tätigkeit Wilsons schließt mit Essays ab, die unter dem Titel «Nur Literatur» auch in die deutsche Sprache übersetzt wurden. Der Titel kann über ihren Inhalt leicht irreführen, denn auch sie sind den großen Problemen der Geschichtsschreibung und des Staatsrechtes gewidmet. Sie behandeln die Methoden der Historiographie, die er an den Beispielen von Gibbon, Carlyle, Macaulay und Richard Green illustriert, ohne dabei des «einzigartigen Aufbaues römischer Geschichte und des römischen Lebens durch Mommsen» zu vergessen. Sie schildern in Walter Bagehot den «literarischen Politiker» und in Edmund Burke den Iren, in dem wie in niemand anderem «die Stimme des tiefsten politischen Denkens der echten englischen Rasse» erklingt. Das Wertvollste an ihnen ist vielleicht die in den knappsten Zügen entwickelte Charakteristik aller großen amerikanischen Staatsmänner, als deren größter ihm Abraham Lincoln erscheint, von dem er nicht genug zu rühmen weiß, wie er trotz der Energie, mit der er den Krieg gegen die Sezessionsstaaten führte, doch den «unerbittlichen Zwang» zu würdigen wußte, «den die Vergangenheit ihnen bei Beurteilung der Sklavenfrage auferlegt» hatte, und der «bereit gewesen wäre, dem Süden nach Abschluß des Kampfes sofort, so schnell als möglich das Recht der Selbstregierung wiederzugeben». Schon als Präsident (Rektor) der Princeton Universität hatte er übrigens Gelegenheit, seine Überzeugung auch praktisch zu betätigen. Die Studentenschaft war in zwei Gruppen gespalten, die Mitglieder der vornehmen Klubs und die außerhalb dieser stehenden. Wilsons Streben war darauf gerichtet, das Zusammenleben dieser beiden Gruppen in demokratischem Sinne zu reformieren und gleichzeitig auch dem wissenschaftlichen Geiste das an der Universität ihm gebührende Übergewicht über die Sportinteressen zu verschaffen. Dadurch kam er zwar in einen Konflikt mit den Spendern der Universitätsfonds, die sich auf die Seite der jeunesse



dorée stellten, erwarb sich dafür aber die Sympathien der großen Mehrheit der Bevölkerung des Staates New Jersey, die ihn 1910 zu ihrem Gouverneur wählte. In dieser Stellung setzte er ein neues Wahlgesetz und insbesondere ein scharfes Gesetz gegen Wahlumtriebe und Bestechungen durch, um dem wahren Willen des Volkes die ihm gebührende Geltung zu verschaffen und seine sozialen Reformpläne durchführen zu können.

Welche Richtung konnte ein Mann von dieser Überzeugung und dieser Vergangenheit in der auswärtigen Politik einschlagen, sobald er mit dieser zu tun hatte? Wollte er sich selbst treu bleiben, offenbar keine andere als jene, die Wilson vom ersten Augenblick an vertrat und in der er seither unerschütterlich festblieb. Auch auf diesem Gebiete wie auf dem ökonomischen mußte sein Streben darauf gerichtet sein, die Herrschaft der Gewalt durch die des Rechtes zu ersetzen, den Völkern zur Befreiung von einer Bevormundung zu verhelfen, der sie entwachsen waren, und sie zur selbständigen Geltendmachung ihres Willens in Stand zu setzen, die Geheimverträge zu beseitigen, durch die über das Schicksal der Völker entschieden wird, ohne daß sie auch nur die geringste Möglichkeit hätten, in ihren wichtigsten Lebensfragen selbst mitzusprechen, und insbesondere für die Aufrichtung einer Ordnung zu sorgen, die es der Menschheit möglich macht, in friedlicher Entwicklung ihren höchsten Zielen entgegenzustreben. In einer seiner jüngsten Reden sagte er, daß es ihn als einen Universitätsmann stets schmerzlich berührte, wenn man die Sicherung des Weltfriedens durch Schaffung eines Bundes der Völker als ein akademisches Problem bezeichnete und damit als etwas hinstellte, an das man zwar denken kann, das aber niemals erreicht werden wird. Dabei spricht er seine hohe Befriedigung darüber aus, daß jetzt alle Völker nach Frieden verlangen, «und zwar nach einem Frieden, der nicht durch die Waffen erobert wird, sondern auf einer Vereinbarung der Geister beruht».

Schon in der ersten Woche nach seiner Inauguration als Präsident fand Wilson Gelegenheit, gegenüber den Staaten von Zentral- und Südamerika die Leitsätze seiner auswärtigen Politik auszusprechen. Dabei konnte er sich allerdings nicht



verhehlen, daß die V. St. gerade diesen Staaten gegenüber durchaus nicht immer die Gebote jener internationalen Moral befolgt hätten, die er als den Gegensatz gegen die macchiavellistische Politik verkündigte. Darum beginnt die Note, die er am 12. März 1913 an die Staaten des lateinischen Amerika richtete, mit den Worten: «Eines der Hauptziele meiner Verwaltung wird es sein, das Vertrauen der Schwesterrepubliken in Zentral- und Südamerika zu kultivieren und zu verdienen.» Mit einem Anklang an die amerikanische Unabhängigkeitserklärung erinnert er sie aber auch daran, daß ein gedeihliches Zusammenwirken der Nationen nur möglich ist, wenn die Regierung aller auf dem Recht, nicht aber auf Willkür oder unrechtmäßiger Gewalt beruht, daß eine gerechte Regierung nur mit Zustimmung der Regierten bestehen kann und daß es keine Freiheit gibt ohne eine Ordnung, die in der Billigung durch das öffentliche Gewissen begründet ist.

Diesem allgemeinen Programm folgt schon in der nächsten Woche die Anwendung auf einen ganz speziellen Fall. Einzelne amerikanische Bankhäuser, Morgan, Kuhn, Loeb u. Comp. und andere waren bereit, China ein großes Darlehen zu geben, forderten aber dafür Bürgschaften, durch die die Unabhängigkeit der Verwaltung dieses Staates gefährdet worden wäre und die unter Umständen dazu hätten führen können, daß die amerikanische Regierung genötigt gewesen wäre, sich in die finanziellen, möglicherweise sogar in die politischen Verhältnisse Chinas einzumischen. Aus diesen Gründen lehnte Wilson in einer öffentlichen Erklärung ab, auch nur durch sein Stillschweigen ein solches Unternehmen gutzuheißen und dadurch etwas zu unternehmen, das die chinesische Verwaltung «gerade jetzt, wo sie zum Bewußtsein ihrer Pflichten gegen ihr Volk gekommen ist, in deren Erfüllung behindern könnte».

Der Widerstand, den er einflußreichen Kreisen entgegenstellte, die ihn zu einer entschiedeneren Politik gegenüber Mexiko drängen wollten, die fortwährenden Mahnungen an den Senat, zuerst in der Botschaft vom 8. Dezember 1913, aber auch noch später, den Philippinen eine weitergehende Autonomie zu gewähren und Porto Rico ein «höheres Maß politischer Gerechtigkeit» angedeihen zu lassen, sind Zeugnisse derselben Gesinnung.



Den entscheidendsten Schritt auf dem neuen Wege zum dauernden Frieden tat Wilson, indem er seinen Staatssekretär Jennings Bryan ermächtigte, am 24. April 1913, einem Datum, das in der Weltgeschichte festgehalten zu werden verdient, den Vertretern aller Staaten in Washington einen Vertrag vorzuschlagen, durch den sich die betreffenden Staaten und die Union gegenseitig verpflichten: alle ihre Streitigkeiten, die nicht im diplomatischen Wege geschlichtet werden können und nicht vertragsmäßig durch ein Schiedsgericht entschieden werden müssen, von einer ständigen Kommission untersuchen zu lassen, die unter dem Vorsitz eines Neutralen aus je zwei Vertretern einer jeden Partei zusammengesetzt wäre und zweitens, bis zur Erstattung des Gutachtens dieser Kommission weder Krieg zu erklären, noch sonst Feindseligkeiten zu eröffnen. Allerdings ist dieser Vorschlag nur die konsequente Fortführung eines Planes, den schon frühere Präsidenten und Staatssekretäre, besonders Taft und Root, wenigstens für das Verhältnis zwischen den V. St. und Großbritannien, gehegt hatten. Aber dieser Plan war bisher immer an dem Widerstande des Senats gescheitert, der sich überhaupt in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten als ein Hemmnis für die Friedenspolitik der Präsidenten und ihrer Staatssekretäre erwiesen hatte, was Wilson bereits in seinem ersten Buche, dem berühmten Werke On Congressional Government beklagte. Nun endlich gelang es ihm, diesen Widerstand zu überwinden, wie er überhaupt entschlossen war, dem Senate gegenüber selbständiger aufzutreten als seine Vorgänger und darum auch, ebenso wie er das bereits in der Legislative von New Jersey getan hatte, mit den gesetzgebenden Körperschaften nicht bloß schriftlich zu verkehren, sondern persönlich in ihnen zu erscheinen. Fast alle Staaten haben diesem Vorschlag im Prinzip zugestimmt, auch das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn. Bis Ende 1915 haben 30 europäische und amerikanische Mächte solche Verträge mit den V. St. abgeschlossen, von denen 16 bereits ratifiziert sind.

Auch Bryans Nachfolger im Staatssekretariate Robert Lansing ist durch seine Vergangenheit, in der er all seine Erfolge der Vertretung Amerikas in wichtigen Schiedsgerichtsverhandlungen verdankt, und durch seine Familienbeziehungen als Schwiegersohn des hervorragenden Pazifisten John W.



Foster überzeugter Anhänger des Friedensgedankens. In Übereinstimmung mit diesen seinen hervorragendsten Mitarbeitern auf dem Gebiete der auswärtigen Politik war der Präsident vom Anfang an bemüht, aus dem entsetzlichen Unheil, das über die Welt gekommen war, wenigstens dem Endergebnis nach einen Vorteil für die Menschheit zu ziehen. Dieser Vorteil konnte kein anderer sein als der, jener Politik den Todesstoß zu versetzen, aus der der Krieg entstanden war: der Politik nationaler Unterdrückung und gewalttätiger Handelsrivalitäten und dem durch sie bedingten System der Rüstungen der Bündnisse, der Spionage, der Geheimniskrämerei, der rücksichtslosen Gewalt. Nur dieses politische System, nach dem ein paar Dutzend Menschen über das Schicksal der Welt verfügten, machte das Ungeheuerliche möglich, daß über Nacht das Verhängnis des entsetzlichen Krieges über die nichtsahnende Menschheit hereinbrach.

Wie der Wiederkehr einer solchen Katastrophe der Menschheit für die Zukunft vorzubeugen sei, darüber gab Wilson schon am 27. Mai 1916 seinen Gedanken einen vollkommen abschließenden Ausdruck. Die Rede, die er an diesem Tage in der ersten Jahresversammlung der von seinem Amtsvorgänger Taft gegründeten League to enforce peace hielt, enthält fast alle Grundgedanken seiner Friedenspolitik. Wilson geht dabei von dem Grundsatze aus, daß für die Nationen dieselbe Moral und derselbe Ehrenkodex gelten müsse wie für die Individuen. Das ist allerdings in den bisher maßgebenden Grundgesetzen der auswärtigen Politik nicht anerkannt. Daß auch noch in unseren Tagen auf diesem Gebiete jene Sondermoral aufrechterhalten werden konnte, die, nicht ganz mit Unrecht, an den Namen Macchiavellis geknüpft wird, hat zum Teil seinen Grund darin, daß die Diplomatie mit Vorliebe jenen Gesellschaftsschichten entnommen wird, für die auch im Privatleben ein spezifischer, zum Teil überspannter, zum Teil irregeleiteter Ehrbegriff mit seinem Duellkodex gilt. Diesen Kreisen erscheint die Beschimpfung einer Flagge oder eines Wappens bedeutend verwerflicher als der Bruch eines feierlich geschlossenen Vertrages, wie in ihnen ja auch die Nichtzahlung einer Spielschuld an einen Kameraden in viel höherem Maße disqualifiziert als z. B. die Verführung



und Entehrung eines unbescholtenen Mädchens. Diese Sondermoral gilt es zu beseitigen.

Freimütig bekennt übrigens Wilson, daß auch die V. St. ihre auswärtige Politik nicht immer nach ethischen Grundsätzen eingerichtet haben, was ja auch manche ihrer Geschichtschreiber ehrlicherweise zugeben. In der Tat wird der Krieg gegen Spanien auch von vielen hervorragenden Amerikanern getadelt und es fehlt nicht an sehr gewichtigen Stimmen, welche es auf das entschiedenste mißbilligen, daß Amerika die Frage, ob die Explosion, durch die die «Maine» in einem cubanischen Hafen vernichtet wurde, auf ein spanisches Attentat oder nicht vielmehr auf eine innere Ursache zurückzuführen war, nicht durch eine unparteiische internationale Untersuchungskommission entscheiden ließ, die auch die Ursache des Todes des Dr. Ruiz in einem cubanischen Gefängnisse zu erheben gehabt hätte. Vielleicht wäre durch eine solche Untersuchung der spanische Krieg vermieden worden. Kräftig betont Wilson in seiner Begrüßung der League to enforce peace, daß für die Zukunft das Völkerrecht den Vorrang haben müsse vor der Rücksicht auf die individuellen Interessen der einzelnen Staaten und Völker und daß das System der Sonderbündnisse durch einen großen Bund aller Völker zur Aufrechterhaltung der Rechte der Menschheit ersetzt werden soll, durch einen Bund, dessen leitender Grundsatz die unparteiische Gerechtigkeit gegen alle sein muß. Dieser Bund soll jeden Krieg abwenden, der entweder gegen vertragsmäßige Abmachungen oder ohne vorherige Ankündigung und ohne öffentliche Darlegung seiner Gründe begonnen würde. Jedes Volk soll das vollkommene Recht haben, die Souveränität zu wählen, unter der es leben will, und die Souveränität wie die territoriale Unversehrtheit sollen in Zukunft nicht von der Größe und Macht der Staaten abhängen, sondern alle sollen die gleiche Anerkennung und Respektierung ihrer obersten nationalen Rechte erhalten.

Nochmals wiederholt Wilson in einer anderen Rede, die er vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg, und zwar wiederum vor derselben Liga im Oktober 1916 im Cincinnati hielt, diese Grundsätze, ohne wesentlich Neues hinzuzufügen. In diesem Programm kommt «jener Geist der Hoffnung und des Ver-



trauens» zum Ausdruck, «jener fortschrittliche, optimistische, unpedantische, unprovinzielle und,» wie er meint, «auch unspekulative Geist», den Wilson in seinem Almanach amerikanischer Staatsmänner als den spezifisch amerikanischen Geist charakterisiert. Und ebenso äußert sich in ihm die von Wilson gepriesene Kunst, «Politik mit dem Recht zu durchdringen, ohne dabei das Recht durch Politik zu verfärben».

Freilich spricht aus diesem Programm auch jene rationalistische, simplizistische Auffassung des Staatsbegriffes, die dem Amerikaner so nahe liegt, dessen für uns nahezu geschichtslose Staaten oft nur nach ideellen Linien, nach Längen- und Breitengraden abgegrenzt sind. Schon vor einem Jahrhundert hat Goethe den Gegensatz europäischer und amerikanischer Geschichte und Staatsauffassung in die klassischen Worte gefaßt:

> Amerika, du hast es besser
> Als unser Kontinent, das alte,
> Hast keine verfallenen Schlösser
> Und keine Basalte.
> Dich stört nicht im Innern
> Zu lebendiger Zeit
> Unnützes Erinnern
> Und vergeblicher Streit.

Darum setzt Wilson sich in seinem Plane über manches Erinnern und über manchen Streit kühn hinweg, die uns tief in der Seele ergreifen, ihm aber unnütz und vergeblich scheinen. In Paris freilich haben sich dann manche dieser Ideen des alten Europa als gefahrdrohende Hindernisse in den Weg gestellt. Möge es ihm gelingen, sie zu überwinden! Und, wenn er auch nicht in allem und jedem sein Ziel erreicht, möge er einen Erfolg haben, wie Columbus, von dem er sagt: «Er zog aus, um das sagenhafte Land Cathay zu entdecken, und stolperte über Amerika.»

Wie tiefdurchdacht Wilsons Plan ist, zeigt dessen ihm vielleicht unbewußte Übereinstimmung mit den Gedanken Immanuel Kants. Der amerikanische Staatsmann und der deutsche Philosoph stimmen darin überein, daß zuerst einige allgemeine Prinzipien als Präliminarartikel Anerkennung finden müssen, bevor eine dauerhafte Friedensordnung erhofft werden kann. In Wilsons Worten ausgedrückt sind es die folgenden:



«Daß die Regierungen ihre Macht nur aus der Zustimmung der Regierten ableiten, daß alle Nationen in Bezug auf ihre Rechte gleich sind, daß aber über allen eine unparteiische Gerechtigkeit walten muß, die keine Günstlinge kennt, und daß alle Nationen an der Erhaltung des Friedens gleichmäßig interessiert, aber auch gleichmäßig für sie verantwortlich sind.»

Aus diesen obersten Prinzipien folgt dann, daß die Völker nicht von Souveränität zu Souveränität verschachert werden und die Provinzen nicht wie Figuren auf dem Schachbrett hin- und hergeschoben werden dürfen, daß vielmehr nur solche territoriale Änderungen zulässig sind, die zum Vorteil der betreffenden Nation gereichen, durch die insbesondere deren nationale Aspirationen ihre Befriedigung erlangen, soweit das möglich ist, ohne dadurch etwa neue Elemente der Zwietracht zu schaffen. Für die Methoden der auswärtigen Politik folgt daraus die Beseitigung der geheimen Diplomatie und der Sonderbündnisse. Für den internationalen Verkehr ergibt sich aus der Gleichberechtigung der Völker die möglichste Beseitigung der wirtschaftlichen Schranken, die Gleichheit der Handelsbedingungen, also die Ablehnung eines Preferentialtarifs, die unparteiische Regelung der kolonialen Fragen, unter Berücksichtigung der Interessen und der Entwicklung der Eingeborenen, wie schon William Penn sie gefordert hatte, die Freiheit der Seeschiffahrt außerhalb der territorialen Gewässer und die Zugänglichkeit des Meeres für alle Nationen. In Bezug auf die innere Politik der einzelnen Staaten führen diese Grundsätze zum Verbot der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Dieses Verbot muß aber seine Beschränkung darin finden, daß keine Nation Bestrebungen ihrer Bürger unterstützen darf, die darauf gerichtet wären, in anderen Staaten Revolutionen anzustiften oder zu unterstützen.

Zur Verwirklichung dieser Postulate muß eine Macht geschaffen werden, die imstande ist, jeder Kombination von Staaten mit Erfolg entgegenzutreten, die es sich beikommen ließe, jene Grundsätze umstürzen zu wollen, eine Macht, die imstande ist, dafür zu sorgen, daß die künftigen Konflikte zwischen den Staaten auf dem Wege des Rechtes, nicht auf dem gewaltsamer Selbsthilfe geschlichtet werden. Diese Macht ist der Völkerbund mit seinen internationalen Instanzen für Recht-

sprechung und Vermittlung, für die Kontrolle der Einhaltung des Rüstungsverbotes, der Verkehrsfreiheit und der anderen Grundsätze der neuen Ordnung des Zusammenlebens der Staaten.

Mit aller Schärfe hebt Wilson den Unterschied eines solchen Völkerbundes als eines Verbandes zur Erhaltung des Friedens von den bisherigen Allianzen hervor, die angeblich allerdings auch nur Defensivzwecken dienen sollten, aber meistens den Keim eines Offensivkrieges in sich enthielten, von jenen «Entangling alliances», vor denen Washington das amerikanische Volk in seiner Abschiedsrede gewarnt hat. «Niemals will ich einwilligen,» sagt darum Wilson in einer Rede vom 30. Mai 1916, «in eine verwickelnde Allianz, wohl aber freudigen Herzens in eine von Verwicklungen befreiende, in eine Allianz, welche die Völker der Welt aus Kombinationen löst, in denen sie ihre speziellen und privaten Interessen zu fördern suchten..., in ein Bündnis, das die Völker der Erde einigt zur Bewahrung des Friedens auf der Grundlage der Gerechtigkeit und des Völkerrechts..., dort ist Befreiung, nicht Beschränkung, dort ist Freiheit, nicht Verwicklung.»

Als Mittel, die dem Völkerbunde zur Erreichung jener Zwecke zur Verfügung stehen sollen, empfiehlt Wilson zunächst moralische, dann ökonomische und erst in letzter Linie militärische. In der Würdigung der Wirksamkeit ökonomischer Mittel folgt Wilson nur einer alten amerikanischen Tradition, die seither insbesondere von John Bright und seiner Schule nach Europa verpflanzt wurde. Schon 1797 hatte Jefferson geschrieben: «Krieg ist für uns nicht das beste Mittel zur Hilfe in der Not. Die Natur hat uns im Handel eines gegeben, das, wenn es nur richtig angewendet wird, besser geeignet ist, die Nationen Europas zu nötigen, daß sie uns mit Gerechtigkeit behandeln.»

Die größte praktische Schwierigkeit in der Ausgestaltung des Völkerbundes liegt vielleicht darin, die Unparteilichkeit seiner Organe zu sichern, sowohl der Organe der Rechtsprechung und Vermittlung in Streitfällen und Differenzen, als auch jener, die für die gedeihliche Entwicklung des Kulturlebens zu sorgen haben werden. Hierüber finden sich in den bisherigen Reden Wilsons keine Andeutungen. Nur sein Eintreten für das Programm der League to enforce peace bietet

2*

einen Fingerzeig. Etwas deutlicher sprach er sich erst am 15. Februar in Paris aus, indem er den vorläufigen Entwurf eines Vertrages über den Völkerbund der Welt bekanntmachte. Aber dieser Entwurf ist offensichtlich das Resultat eines Kompromisses, den er mit anderen Faktoren beschlossen hat. Er gibt also nicht *seine* Ideen in ihrer vollen Reinheit wieder. In dem vielleicht wichtigsten Punkte in den Artikeln 3 und 15 bedeutet er wohl hoffentlich nur ein Provisorium. Denn unmöglich kann der Exekutivrat des Völkerbundes in der Zusammensetzung aus den Vertretern von fünf Großmächten und von vier kleineren Staaten für die Dauer berufen sein, jene wichtigen Entscheidungen zu treffen, die ihm dort zugewiesen sind. Sobald der Völkerbund wirklich das geworden ist, was sein Name besagt, sobald auch die Neutralen und, nachdem sie effektive Bürgschaft für die loyale Erfüllung ihrer Pflichten gegeben, auch die besiegten Staaten zu ihm zugelassen worden sind, wird dieses Organ, in dessen Hände die internationale Macht gelegt werden soll, ebenfalls international zusammengesetzt werden müssen.

Allerdings hat Wilson in seiner erwähnten Rede für jene schweren Differenzen in erster Linie überhaupt nicht eine autoritative Entscheidung durch eine bestimmte Instanz in Aussicht genommen, sondern will er deren Beurteilung «der moralischen Macht der öffentlichen Meinung der Welt überweisen, den reinigenden, klärenden, zwingenden Einflüssen der Öffentlichkeit, vor der, wie er erwartet, Intrigen nicht länger verborgen bleiben können und die jene Dinge, die das Licht nicht vertragen, durch das überwältigende Licht der allgemeinen Verdammung zerstören werden». Das Organ, das diese moralische Macht in Bewegung setzt, soll nach dem in Paris vorgelegten Entwurfe der Exekutivrat des Völkerbundes in der obenerwähnten Zusammensetzung sein. Ein auf diese Art gebildetes Organ hätte aber einen allzu ausgesprochenen politischen Charakter, als daß man von ihm eine wirklich unparteiische Beurteilung der Welthändel erwarten dürfte. Deshalb würde es auch nicht geeignet sein, das allgemeine Vertrauen zu erwerben, auf das Wilson doch in allen seinen früheren Äußerungen über den Gegenstand den allergrößten Wert gelegt hatte.



Die Klippe, an der bisher das Institut der völkerrechtlichen Vermittlung meistens scheiterte, war ihr diplomatischer Charakter. Infolgedessen fühlten sich die zur Vermittlung berufenen Personen in allererster Reihe verpflichtet, die besonderen Interessen ihres Staates und ihres Volkes zu wahren, statt, eben als Vermittler, für die Ausgleichung des zwischen anderen Völkern und Staaten bestehenden Gegensatzes zu sorgen. Diesem Übelstande kann nur durch eine möglichste Entpolitisierung der Vermittlung abgeholfen werden, nicht durch die Berufung von Ministerpräsidenten oder Ministern des Äußern von Großmächten, wie es in der von Smuts ausdrücklich ausgesprochenen Konsequenz jenes Entwurfes läge. Den Weg zu jener Entpolitisierung zeigen einzelne der in letzter Zeit publizierten Vorschläge, insbesondere der gleichzeitig veröffentlichte Schweizer Entwurf und auch jener, der von der amtlichen Kommission der drei skandinavischen Staaten in den letzten Wochen für die Wahl des Vorsitzenden der Vermittlungskommission gemacht worden ist. Der Konferenzentwurf aber schließt sich in dieser Beziehung vollständig an den in den «Times» veröffentlichten Vorschlag des Delegierten der südafrikanischen Common Wealth General Smuts an, der die Zusammensetzung des britischen Reichskabinetts aus den Vertretern des vereinigten Königreichs, der Dominions und Indiens sich zum Vorbild genommen hat. Den Ideen von der Gleichberechtigung der Staaten, die Wilson bisher vertreten hat, insbesondere dem Grundsatze, daß «keine Nation oder Gruppe von Nationen mehr versuchen soll, das Übergewicht zu erhalten über eine andere Nation oder Gruppe von Nationen», widerspricht er aufs entschiedenste. Man kann jene Zusammensetzung allenfalls als ein Provisorium hinnehmen, das für die Zeit bestimmt ist, aus der der Völkerbund bloß aus den fünf Großmächten und aus Belgien, Portugal, Tschechien, Polen, Serbien, Griechenland, Rumänien, China und Brasilien besteht, von denen also etwa je zwei durch einen Delegierten in dem Exekutivrate vertreten wären. Sobald aber der Völkerbund sich zum Bunde aller zivilisierten Staaten erweitert haben wird, die auf der zweiten Haager Konferenz in der Zahl von 44 versammelt waren und deren Zahl seither durch Spaltung einiger von ihnen beträchtlich vermehrt



worden ist, kann eine solche Konzentration der Macht in wenigen Händen nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen, den Prinzipien der Demokratie und auch nicht jenen der Gleichberechtigung entsprechen. Deshalb kann sie auch keine geeignete Grundlage für eine gerechte und zweckmäßige und darum auch dauerhafte Ordnung der Weltangelegenheiten sein. Auch wenn wir von dem, was uns zunächst liegt, ganz absehen, von Deutschland, Deutschösterreich, dem jugoslawischen, dem ukrainischen und dem magyarischen Staate, so kann eine Organisation nicht genügen, in der es vom Zufall abhängt, ob in ihr diejenigen Nationen zum Worte kommen, die für die Entwicklung des Völkerrechtes vielleicht das allermeiste geleistet haben und noch leisten und die vor allen anderen zu einer unparteiischen und vorurteilslosen Beurteilung der Welthändel befähigt sind, die Niederlande, die Schweiz und die skandinavischen Staaten.

Die in Paris vorgeschlagene Art der Konstituierung des Exekutivrates kann den hohen Zielen Wilsons um so weniger entsprechen, als die Kompetenz dieses Rates schließlich doch über die Erstattung eines bloßen Gutachtens hinausgeht. Denn nicht bloß die Anhörung dieses Gutachtens soll durch die Mittel wirtschaftlichen und finanziellen Boykotts und selbst durch militärische und maritime Bundesexekution erzwungen werden, sondern, wenigstens unter Umständen, wäre der Exekutivrat auch berufen, gegen jenen Staat, der sich weigern würde, jenes Gutachten zu befolgen, «die nötigen Maßregeln vorzuschlagen und dessen Durchführung zu ermöglichen». Auch Wilson gibt sich keiner Täuschung darüber hin, daß die moralische Macht der öffentlichen Meinung doch nicht für alle Fälle ausreichen werde, so groß sie auch sein mag, wenn sie durch ein wirklich vertrauenswürdiges Organ zum Ausdruck gebracht wird. Darum wies er am 15. Februar darauf hin, daß im Hintergrunde die bewaffnete Macht stehen müsse. «Wenn die moralische Macht der Welt nicht ausreichen wird, so wird es die physische.» Wenn diese Macht aber nicht unparteiisch gehandhabt würde, so könnte sie nicht von Dauer sein, da sie dann notwendigerweise zu Spaltungen innerhalb jenes «Weltdirektoriums» führen müßte.

Den einzig wirklich gangbaren Weg, um zu einer be-



friedigenden Zusammensetzung der Vermittlungsinstanz zu gelangen, hat in Bezug auf die verwandte Frage der Konstituierung des ständigen internationalen Gerichtshofes der amerikanische Delegierte Choate auf der Haager Konferenz von 1907 gezeigt. Das ist der, nicht die Staaten zu bezeichnen, deren jeweilige Vertreter dieses Amt ausüben sollen, sondern direkt durch die Gesamtheit der Bundesmitglieder für eine bestimmte Anzahl von Jahren jene Männer, ohne Rücksicht auf ihre Staatszugehörigkeit, wählen zu lassen, denen eben diese Gesamtheit das Vertrauen in ihre Sachkunde, Unparteilichkeit und Gerechtigkeit entgegenbringt.

Ebenso wichtig als die vertrauenswürdige Bildung der internationalen Organe für Rechtsprechung und Vermittlung ist auch die jener Organe, in deren Hände die internationale Verwaltung gelegt wird, soweit sie Sache des Völkerbundes sein soll, also insbesondere die Kontrolle der Abrüstung, der Handelsfreiheit, der Kolonialverwaltung und des Arbeiterschutzes. Nach dieser Richtung fehlt es im Pariser Entwurf an jeder Andeutung. Auch für sie gibt es private und, zum Beispiel in den Verhandlungen der Berner sozialpolitischen Konferenz von 1906, auch amtliche Vorarbeiten, die mit Vorteil werden benützt werden können. Gewiß wird Wilson auch in diesen Fragen darauf Einfluß nehmen, daß das erreicht werde, was ihm vom Anfang an als Hauptziel vorschwebte: ein Verband der zivilisierten Menschheit zum Zweck gegenseitigen Schutzes und gegenseitiger Förderung in der Art, daß «keine Nation oder Gruppe von Nationen mehr versucht, das Übergewicht zu erhalten über eine andere Nation oder Gruppe von Nationen, und deren Ziel, wofür gekämpft wird, das gemeinsame Recht der Menschheit ist». (26. Oktober 1916.) In dieser Familie der Nationen soll es keine politischen und wirtschaftlichen Sonderbündnisse geben und auch keine Geheimdiplomatie. In ihr soll, wie er insbesondere in dem Briefe an den Senator Simmons ausführte, zwar jeder Nation das Recht ungeschmälert verbleiben, ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten selbständig zu regeln, immerhin aber soll keine einen Zolltarif aufstellen dürfen, durch den sie verschiedene Nationen verschieden behandeln würde. Im Völkerbunde sollen die Rüstungen auf das Maß der



nationalen Ordnung und der häuslichen Sicherheit beschränkt und soll das Prinzip der offenen Tür anerkannt sein, für das er mit aller Entschiedenheit schon in seiner Note in Betreff des chinesischen Anlehens eingetreten war. Selbstverständlich ist, daß er an dem Grundsatz der Freiheit der Meere festhielt, für den Amerika seit seinem Kriege mit England 1812—1814 militärisch und diplomatisch besonders auch auf beiden Haager Konferenzen eingetreten war und von dem er sich auch durch den Vorbehalt der Alliierten nicht abbringen ließ. (Vgl. die Note Lansings an den schweizer Chargé d' affaires vom 5. November 1918, Schlußabsatz.) Daß dieses Programm auch auf die internationale Regelung des Arbeiterschutzes erweitert wurde, kann nur auf das lebhafteste begrüßt werden.

Vergleichen wir nun im Rückblick diese Grundsätze Wilsons mit den 5 Präliminar- und den 3 Definitivartikeln Kants, so ergibt sich eine auffallende Übereinstimmung, denn diese letzteren sind:

1. Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalte zu einem künftigen Kriege gemacht worden.

2. Es soll kein für sich bestehender Staat (klein oder groß) von einem andern durch Vererbung, Kauf, Tausch oder Schenkung erworben werden können.

3. Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören.

4. Es sollen keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshändel gemacht werden.

5. Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staates gewalttätig einmischen.

6. Die bürgerliche Verfassung in jedem Staat soll republikanisch sein. Darunter versteht jedoch Kant nur, daß die Art, wie der Staat von seiner Machtvollkommenheit Gebrauch macht, auf einem Akt des allgemeinen Willens begründet sein soll, also dasselbe, was Wilson unter demokratischer Verfassung versteht.

7. Das Völkerrecht soll auf einem Föderalismus freier Staaten begründet sein.

8. Das Weltbürgerrecht soll auf die Bedingung freier Hospitalität eingeschränkt sein, d. h. jedem Menschen soll das



Besuchsrecht in anderen Ländern zustehen, weil ursprünglich niemand an einem Orte der Erde zu sein mehr Recht hat als der andere.

Die Übereinstimmung der Gedanken ist leicht erklärlich, wenn man bedenkt, welchen Einfluß Rousseau und die Erklärung der amerikanischen Unabhängigkeit sowohl auf Kant als auf Wilson geübt hat.

Fragen wir uns nun: Sind diese erhabenen Grundsätze in dem zu Paris am 15. Februar verkündeten Entwurf eines Völkerbundvertrages verwirklicht? So müssen wir darauf leider mit Nein antworten. Wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß Wilson zu seinen Prinzipien zurückkehren werde dann, aber auch nur dann, kann von jenem Entwurf das gelten, was Wilson in der Rede, mit der er ihn mitteilte, von ihm rühmt, «daß Völker, die gegeneinander Verdacht hegten, nun als Freunde und Kameraden in einer Familie leben können und so zu leben wünschen. Die Miasmen des Mißtrauens, die Intriguen sind gestört, die Menschen blicken einander in die Augen und sagen sich: wir sind Brüder und haben ein gemeinsames Ziel. Wir wußten das früher nicht, jetzt aber wissen wir es. Und das ist unser Bund der Brüderlichkeit und Freundschaft.» Möchte es so werden! Dieser Völkerbund wird das nicht bewirken. Jener, den Wilson ursprünglich im Sinne hatte, hätte es bewirkt. Möchte er sich selbst wiederfinden!

Als Antimilitarist, der gleichzeitig Antiimperialist ist, war Wilson bestrebt, so lange, als es bei der Stimmung seines Volkes möglich war, die V. St. vom Krieg fernzuhalten. Lange war seine Hoffnung und sein Wunsch darauf gerichtet, der Krieg möge ohne ausgesprochenen Sieg der einen oder der andern Partei unter Erschöpfung beider von selbst erlöschen. Dadurch würde, wie er hoffte, der Krieg als Institution auf das schärfste diskreditiert, weil sich dadurch zeigte, daß er kein paying business sei. Erst als der Zusammenbruch Rußlands ihm einen entscheidenden Sieg der Zentralmächte als eine ernstlich ins Auge zu fassende Möglichkeit erscheinen ließ, einen Sieg, den er der Natur seiner Anschauungen nach für die Entwicklung der Menschheit als verderblicher ansehen mußte als einen Sieg der Entente, und als gleichzeitig das

Deutsche Reich durch die Wiederaufnahme des verschärften Unterseebootkrieges das amerikanische Volk auf das schwerste herausforderte und reizte, brach er zunächst die diplomatischen Beziehungen, mit Deutschland ab, zögerte aber noch immer mit der Kriegserklärung. Der hohen Meinung, die man in Amerika, insbesodere unter dem Einflusse Roots, von der Wirksamkeit moralischer Sanktionen hatte, einer Meinung die sich auch in vielen Eigentümlichkeiten des amerikanischen Erziehungswesens und sogar der amerikanischen Justiz ausdrückt, entspricht es, daß Wilson zuerst den Versuch machte, die neutralen Mächte zu einer Verrufserklärung gegen Deutschland durch das gleichzeitige Abbrechen der diplomatischen Beziehungen zu ihm zu bewegen. Erst als dieser Versuch zum großen Teile wegen der unmittelbaren Gefahren, denen diese Mächte als Nachbarn Deutschlands sich dadurch ausgesetzt hätten, mißlungen war, schritt Wilson am 2. April 1917, also mehr als zwei Monate, nachdem der verschärfte Unterseebootkrieg wieder eingesetzt hatte, zur Kriegserklärung. Aber auch dann richtete er sie zuerst nur gegen das Deutsche Reich, nicht auch gegen dessen Verbündete. Auch der Umstand mag dazu beigetragen haben, ihn aus der Neutralität herauszudrängen, daß das Deutsche Reich deutlich zu erkennen gab, daß es Neutralen nicht das Recht zugestehen werde, bei den Friedensverhandlungen mitzusprechen. Sein Sinn war aber darauf gestellt, daß dieser Friede eine dauernde Ordnung der Welt begründen müsse, zu der mitzuwirken, und zwar ganz entscheidend mitzuwirken, Amerika berufen sei.

Als Amerika dann selbst im Kriege stand, konnte er mit einem Ausgang des Krieges ohne Sieg nicht mehr zufrieden sein, war es selbstverständlicherweise seine Pflicht, den Krieg mit all der Energie zu führen, deren das amerikanische Volk fähig ist. Immer aber behielt er dabei das Ziel im Auge, für alle absehbare Zeit den Frieden der Welt zu sichern, ohne daß er auf Sondervorteile für Amerika ausgegangen wäre. Selbst als Vertreter einer kriegführenden Macht wollte er noch seinen Einfluß als mäßigendes Element gegenüber den übertriebenen Forderungen der Sieger geltend machen. Noch in der Note an Papst Benedikt XV. vom 27. August 1917 sprach er aus, «daß ein Schadenersatz, der zur Strafe wird,

daß die Zerstückelung von Reichen und die Sicherung von selbstsüchtigen und ausschließenden ökonomischen Bedürfnissen unzweckmäßig und schlimmer als ergebnislos sind, daß sie insbesondere keine Grundlage geben für den Frieden, am allerwenigsten für einen dauerhaften Frieden». Als Basis der künftigen Weltordnung erschien ihm, obwohl er an der Seite Japans und des damals noch zaristischen Rußland in den Krieg eintrat, die Demokratie, die er nicht nur in der Republik, sondern auch in der englischen Monarchie verwirklicht fand.

In der Tat war es neben dem wirtschaftlichen Zusammenbruche der Zentralmächte auch das Prinzip der Demokratie, das letztlich den Krieg entschieden hat. Das Verlangen der Nationen nach Selbstbestimmung war es, das die Herrschaft dieser Mächte zermürbt hat. Das wußte Wilson als Kenner der geschichtlichen Entwicklung voraus. Aber als Staatsmann verhehlte er sich auch nicht, daß Demokratie die schwierigste Form der Regierung ist. «Aufgabe der Demokratie ist es, die Verfassung und die gesetzlichen Bestimmungen über Rechte und Freiheiten der Bürger in das Leben und in die Tätigkeit der Gesellschaft zu übertragen und in die Selbstverleugnung und Selbstaufopferung heroischer Männer und Frauen, die bereit sind, ihr Leben zur Verkörperung des Rechtes und des Dienstes für erleuchtete Zwecke zu machen. Die Pflichten der Demokratie sind ebenso gebieterisch, als die Berechtigungen und Gelegenheiten, die sie bietet, umfassend und hochherzig sind.» Ihre Ergänzung findet diese Erklärung über die Aufgaben der Demokratie in der Definition der Freiheit als der vollständigen Anpassung der menschlichen Interessen und der menschlichen Tätigkeiten aneinander. So wie das für die Verhältnisse der Menschen innerhalb der Staaten gilt, so gilt es auch für die Verhältnisse der Staaten untereinander. Auch für die Staaten ist Freiheit nicht identisch mit Willkür. Auch die mächtigsten unter ihnen müssen sich einer im allgemeinen Interesse, im Interesse der Menschheit erforderlichen Ordnung unterstellen. Früher nannte man diese Ordnung göttliches oder natürliches Recht, heute heißt sie «Die Gesetze des Völkerbundes».

* * *



Ich gebe mich keiner Täuschung über die Unvollkommenheit des politischen Charakterbildes hin, das ich in den vorstehenden Blättern zu zeichnen versucht habe. Hat es auch dem Zeichner nicht an Hingebung an seinen Gegenstand gefehlt, so vielleicht an der richtigen Auffassungsgabe und ganz gewiß an den notwendigen Materialien. Denn sicherlich wären neben jenen Äußerungen Wilsons, die mir zugänglich waren, noch manche andere für den Zweck dieser Darstellung heranzuziehen gewesen. Aber die geistige Absperrung, in der wir gerade so wie in der leiblichen seit fast fünf Jahren leben, hat uns gewiß viele von ihnen vorenthalten und andere sind uns nur in entstellter Form zur Kenntnis gekommen.

* * *

Die vorliegende Ausgabe der Reden Wilsons unterscheidet sich von anderen Sammlungen dadurch, daß sie alle bei uns erreichbaren Äußerungen des Präsidenten umfaßt, die sich auf das Problem der Bedingungen eines dauerhaften Friedens und der künftigen Weltordnung beziehen, gleichgiltig, ob diese Äußerungen in Reden, in Noten oder in für die Öffentlichkeit bestimmten Briefen enthalten sind, und auch gleichgiltig ob sie aus der Zeit vor oder nach dem Ausbruch des Krieges, vor oder nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg herstammen. Anderseits beschränkt sich aber diese Ausgabe auch auf die Äußerungen, die zu jenem Zweck gemacht wurden, sie enthält daher nicht auch jene Reden, die nur bestimmt waren, das amerikanische Volk auf die bevorstehende Erklärung des Krieges vorzubereiten und es, nachdem diese Erklärung erfolgt war, an seine Pflichten im Kriege zu erinnern. Diese Reden haben für uns jetzt keine Bedeutung mehr. Allerdings wäre es für uns von größter, vielleicht entscheidender Bedeutung gewesen, wenn uns diese Reden zur Zeit, als sie gesprochen wurden, durch unsere Regierungen nicht ganz oder zum wesentlichen Teile vorenthalten worden wären. Das geschah aber, um uns über die unwiderrufliche Entschlossen-



heit der Vereinigten Staaten von Amerika zu täuschen, den Krieg, nachdem sie sich zum Eintritt in ihn gezwungen fühlten, zum siegreichen Ende zu führen. Nur auf Grund dieser Täuschung konnte das alberne Schlagwort ausgegeben werden: «Amerika ist nur Bluff» und konnte auch mit Bezug auf Amerika das frevelhafte, vom Geist des babylonischen Turmbaues eingegebene Wort wiederholt werden: «Je mehr Feinde, desto besser; viel Feind viel Ehr» und wie jene verbrecherischen Äußerungen alle waren, mit denen die militärischen, diplomatischen, finanziellen und industriellen Kriegshetzer mit der Bande ihrer parlamentarischen, literarischen und journalistischen Helfershelfer das deutsche Volk und und die Völker Österreich-Ungarns zur Fortführung des Krieges auch noch in einem Zeitpunkt antreiben wollten, in dem es für jeden halbwegs offenen Kopf schon klar war, daß der Krieg auf unserer Seite nicht mehr gewonnen werden kann. Jetzt aber haben diese Reden keine Bedeutung mehr. Höchstens werden sie ein unterstützendes Moment abgeben können, wenn neben den Urhebern des Krieges auch die Ludendorff und Conrad, die Zimmermann und Czernin, die Seidler und Weckerle doch endlich wenigstens zur politischen Verantwortung werden gezogen werden. Als ein Beispiel dieser Reden mag die sachlich und formell bedeutendste unter ihnen, die Rede vom 12. November 1917 über Arbeit und Krieg doch auch hier stehen.

Für das eigentliche Problem dieses Buches sind am wichtigsten gerade diejenigen Reden, die sich in anderen Sammlungen nicht finden, die beiden Reden vor der League to enforce peace, die scheinbar fernabliegende Rede vor den mexikanischen Journalisten und die Note an die russischen Sowjets. Aber auch die Reden in der Guild Hall, in Manchester und auf Monte Citorio können zur Erläuterung der wesentlichsten Gedankengänge Wilsons beitragen.

Eine Sammlung von Wilsons Reden nach dem Gesichtspunkte ihres literarischen Wertes würde zum Teil eine andere Auswahl ergeben. Eine solche Sammlung dürfte z. B. nicht vorübergehen an Reden, die in Kraft und Schönheit der Form mit Walt Whitmans Klagelied auf Lincolns Tod wetteifern, wie jene vor Lincolns Farmhaus, sie könnte nicht vorüber-



gehen an der eleganten Ironie einer Ansprache an amerikanische Journalisten und müßte auch die gedankenreiche Kandidatenrede «Laßt das Licht herein» enthalten, von der manche Teile verdienen würden, in die Lesebücher der höheren Schulen nicht bloß Amerikas und Englands aufgenommen zu werden. Aber auch die Reden, in denen er das Programm eines dauerhaften Friedens und einer künftigen besseren Ordnung der Staatenwelt aufstellt, sind, obwohl bei ihnen das künstlerische Moment begreiflicherweise in den Hintergrund tritt und obwohl vielleicht auch manche Stellen in ihnen unter dem Einflusse seiner Berater entstanden sind, sowohl reich an Ausführungen höchsten rhetorischen Schwunges als wissenschaftlich gefeilter Analyse schwieriger Denkprobleme.

BRIEFE, REDEN, SCHRIFTEN
WOODROW WILSONS

Separatabdruck aus

Lammasch, Wilsons Friedensplan